

Peter Birle

Brasilien und die Amerikas: Lateinamerika und die USA als Bezugspunkte der brasilianischen Außenpolitik

1. Einleitung

Jede Außenpolitik basiert auf Selbst- und Fremdbildern, d.h. auf Vorstellungen von der eigenen Identität und dem Platz, den das eigene Land in der Welt einnimmt (oder einnehmen sollte), aber auch auf Bildern, die sich die außenpolitischen Entscheidungsträger von den Nachbarländern und vom Zustand des internationalen Systems insgesamt machen. Die der brasilianischen Außenpolitik zu Grunde liegenden Selbst- und Fremdbilder unterlagen in den vergangenen dreißig Jahren einer starken Veränderung. Zugespitzt könnte man sagen, Brasilien hat nicht nur Lateinamerika entdeckt, sondern auch festgestellt, dass es selbst ein latein- oder besser südamerikanisches Land ist. Infolgedessen bemüht sich das mit Abstand größte, bevölkerungsreichste und wirtschaftlich potenteste Land der Region seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts und verstärkt unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva aktiv um einen Ausbau seiner politischen, ökonomischen und kulturellen Bindungen gegenüber den Nachbarn in Südamerika. Präsident Lula machte diese Prioritätensetzung schon zu Beginn seiner Amtszeit deutlich:

Die Priorität der brasilianischen Außenpolitik gilt Südamerika. [...] Wir möchten, dass der Mercosur mehr ist als eine Zollunion. Er sollte zu einem Gebiet werden, in dem eine gemeinsame und aktive Industrie-, Landwirtschafts-, Sozial-, Wissenschafts- und Technologiepolitik betrieben wird. Er sollte eine wirksame kulturelle Annäherung fördern, engere Beziehungen zwischen unseren Universitäten und Forschungszentren. Um den Mercosur zu vertiefen, benötigen wir solide Konfliktschlichtungsmechanismen und ein Sekretariat, das für eine wirksame politisch-administrative Koordination sorgt und gleichzeitig über eine strategische Vision hinsichtlich der Integration verfügt (Lula da Silva 2003; Übers. d. V.).

Der ehemalige Außenminister Celso Lafer sprach vor einiger Zeit in Anlehnung an Ortega y Gasset davon, für Brasilien sei Südamerika nicht etwa eine bloße Option, sondern vielmehr die Bedingung (*circunstancia*) seines diplomatischen Ich (Lafer 2001: 52). Auch in der nach dem Ende der Militärdiktatur reformierten Verfassung des Landes von 1988 findet sich ein Hinweis auf diese außenpolitische Schwerpunktsetzung:

Die föderative Republik Brasilien bemüht sich um die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Integration der Völker Lateinamerikas, sie strebt die Bildung einer Lateinamerikanischen Gemeinschaft der Nationen an (*Constituição da República Federativa do Brasil*, Art. 4^o; Übers. d. V.).

Ein Vergleich der Äußerungen Lulas und Lafers mit dem Verfassungsparagraphen zur Außenpolitik zeigt allerdings auch, dass die beiden Erstgenannten von "Südamerika" sprechen, während in der Verfassung noch von "Lateinamerika" die Rede ist. Auf diese Nuance, die keinesfalls zufällig ist, wird später zurückzukommen sein.

Zunächst allerdings muss ein anderer Aspekt betont werden: Die Schwerpunkte der brasilianischen Außenpolitik waren längst nicht immer so eindeutig im Sinne einer Prioritätensetzung zugunsten der Beziehungen mit den hispanoamerikanischen Nachbarn definiert – im Gegenteil. Während des gesamten 19. Jahrhunderts und eines großen Teils des 20. Jahrhunderts strebte Brasilien vor allem gute Beziehungen mit Europa und den Vereinigten Staaten an, während sich seine Haltung gegenüber Lateinamerika eher durch Desinteresse oder Distanz auszeichnete. Die Beziehungen zu den Nachbarländern galten nicht als übermäßig wichtig, zudem waren sie oft geprägt durch Konflikte und Rivalitäten.

Seit wann spielt Südamerika für die brasilianische Außenpolitik jene hervorgehobene Rolle, die ihm heute zuteil wird? Welche internen und externen Faktoren verursachten die Hinwendung zu den Nachbarländern? Welche Herausforderungen und Möglichkeiten ergeben sich für die brasilianische Diplomatie durch die verschiedenen Integrations- und Kooperationsprojekte innerhalb der Westlichen Hemisphäre? Dies sind einige der Fragen, auf die im Folgenden Antworten gesucht werden. Die brasilianische Außenpolitik gegenüber Lateinamerika ist aber kaum angemessen zu verstehen, wenn nicht auch die Beziehungen zu den USA in die Analyse einbezogen werden,

denn zwischen den verschiedenen Beziehungskomplexen existieren zahlreiche Wechselwirkungen. Das Verhältnis Brasilien – USA wird daher im Folgenden ebenfalls berücksichtigt. Unter den südamerikanischen Nachbarn spielt Argentinien traditionell die wichtigste Rolle für Brasilien. Verschiedene Autoren haben festgestellt, dass die Einbindung Brasiliens in die Amerikas seit den Zeiten der Unabhängigkeit fast immer durch die Intensität und Qualität der Beziehungen sowohl zu Argentinien als auch zu den USA geprägt war, einige sprechen daher von einem Dreiecksverhältnis (Ricupero 1995; Hirst 2001). Nach Ansicht von Hirst bestanden zu keiner Zeit gute Beziehungen zwischen allen drei Ländern gleichzeitig. Vielmehr habe jede „übertriebene“ Annäherung zwischen zwei der drei Länder stets zu Spannungen mit dem dritten geführt.

Die folgenden Überlegungen sind in mehrere Schritte gegliedert. Im ersten Teil der Arbeit erfolgt ein Blick auf die Beziehungen zwischen Brasilien und seinen hispanoamerikanischen Nachbarn im 19. Jahrhundert. Im Anschluss daran wird die Rolle Argentinien und der USA als Bezugspunkte der brasilianischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert analysiert. Im letzten Teil geht es um die Haltung Brasiliens gegenüber den neueren Kooperations- und Integrationsprozessen auf subregionaler, regionaler und hemisphärischer Ebene: dem Gemeinsamen Markt des Südens (*Mercado Común del Sur*; Mercosur), der Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen (*Comunidad Sudamericana de Naciones*, CSN) und der Freihandelszone der Amerikas (*Área de Libre Comercio de las Américas*, ALCA).

2. Das Kaiserreich und die „Republikchen“

Seit der Unabhängigkeit und fast während des gesamten 19. Jahrhunderts war die Einbindung Brasiliens in das internationale System durch die Ausrichtung des Landes nach Europa, insbesondere nach Portugal und Großbritannien, geprägt. Die aus der Kolonialzeit überkommene Orientierung in Richtung Europa bei gleichzeitig fast vollständigem Fehlen von politischen, ökonomischen und infrastrukturellen Verbindungen mit den südamerikanischen Nachbarländern wurde noch dadurch verstärkt, dass große Teile des riesigen brasilianischen Staatsgebietes bis weit ins 20. Jahrhundert kaum bevölkert waren. Der größte Teil der Bevölkerung lebte in der Nähe der Atlantikküste, wäh-

rend die Grenzgebiete zu den südamerikanischen Nachbarländern im Inneren des Subkontinents fast menschenleer waren.

Hinzu kam die historisch-politische, sprachliche und kulturelle Sonderrolle Brasiliens in Lateinamerika. Die Unterschiede zu den hispanoamerikanischen Ländern waren beachtlich, und zwar nicht nur deshalb, weil in Brasilien als einzigem lateinamerikanischen Land portugiesisch gesprochen wird. Während die ehemalige portugiesische Kolonie ihre Unabhängigkeit ohne große Unruhen erlangte und sich in ein weitgehend stabiles Kaiserreich verwandelte,¹ zerfiel das spanische Kolonialreich in zahlreiche Republiken, die auch nach den oft langwierigen und blutigen Unabhängigkeitskriegen noch längst nicht zur Ruhe kamen, sondern durch Konflikte zwischen lokalen und zentralen Machtfaktoren geprägt blieben. Die politischen Eliten des Kaiserreichs Brasiliens betrachteten die wiederholten Unruhen im übrigen Südamerika als Ausdruck von Anarchie und Unordnung, wie sie typisch seien für die republikanische Staatsform. Entsprechend zeichnete sich ihre Position gegenüber den hispanoamerikanischen "Republikern" durch Desinteresse und ein Gefühl der Überlegenheit aus. Aber die Antipathie war durchaus wechselseitig: Die hispanoamerikanischen Länder kritisierten das brasilianische Kaiserreich wegen seiner "rückständigen" Institutionen und insbesondere, weil dort bis 1888 Sklaverei betrieben wurde (Capelato 2000: 289-292).

Eine erste "Amerikanisierung" der brasilianischen Außenpolitik im Sinne einer Hinwendung zu den Ländern der Westlichen Hemisphäre begann mit der Etablierung eines republikanischen Staatswesens im Jahr 1889 (Lafer 2001: 36). Nachdem ein Jahr zuvor die Sklaverei endgültig abgeschafft worden war, betonte nun die neue Regie-

1 Der Weg Brasiliens zur Unabhängigkeit unterschied sich grundlegend von dem der hispanoamerikanischen Länder, er war sehr viel stärker durch Kontinuität geprägt und verlief größtenteils friedlich. 1808 verlagerte die mit dem napoleonischen Invasionsheer konfrontierte portugiesische Krone mit Unterstützung Großbritanniens ihren Sitz nach Brasilien, das 1815 den Status eines gleichberechtigten Königreichs erhielt. 1821 kehrte Prinzregent D. João als König nach Portugal zurück, sein Sohn Pedro I. erklärte 1822 die Unabhängigkeit Brasiliens und ließ sich zum Kaiser proklamieren. Bereits 1824 erfolgte die Anerkennung der Unabhängigkeit durch die USA, 1825 folgten Portugal und Großbritannien diesem Schritt. Nach der Abdankung von Pedro I. zugunsten seines minderjährigen Sohnes (1831) übernahm dieser 1840 als Kaiser Dom Pedro II. die Macht. Er blieb bis 1889 brasilianischer Kaiser.

rung des Landes, dass ihre Außenpolitik sich auf freundschaftliche und friedliche Beziehungen mit den "republikanischen Brüdern" stützen werde. Fast 20 Jahre zuvor bereits hatten die Gegner des Kaiserreichs in ihrem Republikanischen Manifest von 1870 betont:

Wir sind aus Amerika und wollen Amerikaner sein. Unsere Regierungsform ist ihrem Wesen und ihrer Praxis nach unvereinbar mit und feindlich gegenüber dem Recht und den Interessen der amerikanischen Staaten. Diese Regierungsform kann nur durch Zwang überleben [...]. In Europa gelten wir als monarchische Demokratie, die weder Sympathie noch Zustimmung hervorruft. In Amerika gelten wir als monarchisierte Demokratie, in der der Instinkt und die Kraft des Volkes sich nicht gegenüber der Willkür und Allmacht des Souveräns durchsetzen können. Angesichts solcher Bedingungen kann Brasilien sich als ein isoliertes Land betrachten, aber nicht nur in Amerika, sondern auf der ganzen Welt. Unsere Anstrengungen sind darauf ausgerichtet, diesen Zustand zu beenden und brüderlichen Kontakt mit allen Völkern zu suchen, in demokratischer Solidarität mit dem Kontinent, dessen Teil wir sind (*Manifesto Republicano de 1870*; Übers. d. V.).

Aufgrund der politisch-institutionellen Annäherung zwischen Brasilien und den südamerikanischen Nachbarn nach dem Zusammenbruch der Monarchie begann sich die brasilianische Diplomatie intensiver für die Beziehungen mit einigen Nachbarländern zu interessieren. Die Machthaber der "Alten Republik" (1889-1930) verstärkten die Kontakte zu den hispanoamerikanischen Nachbarn und vor allem zu den USA. Viele Intellektuelle blieben jedoch skeptisch sowohl gegenüber Lateinamerika als auch gegenüber der aufstrebenden Weltmacht im Norden. 1893 veröffentlichte der Monarchist Eduardo Prado sein Werk *A ilusão americana* (dt.: Die amerikanische Illusion), in dem er den hispanoamerikanischen Republiken unterstellte, was sie als Freiheit bezeichneten, sei in Wirklichkeit nichts anderes als Anarchie. Brasilien müsse sich wieder stärker nach Europa orientieren, denn mit den Ländern Lateinamerikas teile es weder Ähnlichkeiten noch gemeinsame Interessen. Auch gegenüber den USA hegte Prado starke Vorurteile, vor allem die dortige föderative Ordnung schien ihm eine Quelle der gesellschaftlichen und politischen Atomisierung zu sein. Der Schriftsteller Euclides da Cunha warnte ebenfalls vor allzu engen Beziehungen mit Südamerika. Die Isolation gegenüber dem Rest des Kontinents während des Kaiserreiches habe auch Schutz bedeutet. Dagegen sei Solidarität zwischen den südamerikanischen Nachbarn zwar ein hübsches Ideal, aber unrealistisch und gefährlich. Auch der

Erzieher und Literaturkritiker José Veríssimo betrachtete Hispanoamerika kritisch, er glaubte nicht an eine "lateinamerikanische Verbrüderung". Eine der wenigen abweichenden Stimmen unter den brasilianischen Intellektuellen der damaligen Zeit war Manuel Bonfim. In seinem Buch *A América Latina* (1905) wies er die negativen Ansichten über Lateinamerika zurück und kritisierte den Panamerikanismus. Es gebe nur eine Möglichkeit, um eine Beherrschung durch die stärkeren Länder zu verhindern: mit ihnen in einen Wettstreit zu treten. Industrielle Entwicklung sei die beste Form zur Überwindung der externen Abhängigkeit. Zwanzig Jahre später, in seinem 1925 veröffentlichten Buch *O Brasil na América*, zeigte sich allerdings auch Bonfim weniger optimistisch, sondern vielmehr desillusioniert gegenüber den Möglichkeiten einer lateinamerikanischen Einheit (Cândido 2000: 9-18; Capelato 2000: 292-298).

3. Die Beziehungen zu den USA

Die brasilianische Außenpolitik des 20. Jahrhunderts wurde wesentlich durch die unter Außenminister Baron von Rio Branco (1902-1912) vorgenommenen Weichenstellungen geprägt. Dies betraf vor allem die Institutionalisierung der brasilianischen Diplomatie, die Bereinigung zahlreicher offener Grenzfragen sowie den Entwurf eines mit wenigen Unterbrechungen bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts gültigen außenpolitischen Paradigmas. Außenminister Rio Branco sorgte für die Institutionalisierung eines professionell arbeitenden Außenministeriums – bis heute bekannt als *Itamaraty*, in Anlehnung an den Namen des Palastes, der von 1899 bis 1970 als Sitz der Behörde diente – sowie eines funktionierenden diplomatischen Dienstes. Diese institutionalisierte Struktur garantiert bis heute eine langfristig orientierte, kontinuierliche, von Parteipolitik, Regierungswechseln und sogar von Regimewechseln nur bedingt betroffene Außenpolitik, wie es sie in dieser Form in kaum einem anderen lateinamerikanischen Land gibt. Der argentinische Publizist Mariano Grondona beschrieb diese Politik vor einigen Jahren als "Staatspolitik", um ihre außergewöhnliche Kontinuität zu unterstreichen, die überhaupt nicht zu vergleichen sei mit den oftmals brüsken Richtungswechseln der argentinischen Außenpolitik (Grondona 2003). Das *Itamaraty* fungiert als permanente Institution der Nation und als institutionelles

Gedächtnis der diplomatischen Tradition (Lafer 2001: 21). Es ist daher auch kein Zufall, dass der Baron von Rio Branco als Schöpfer des *Itamaraty* in Brasilien über einen vergleichbaren Stellenwert im historischen Gedächtnis der Nation verfügt wie die Helden der Unabhängigkeit in den meisten anderen Lateinamerikanischen Ländern.

Rio Branco gelang es – zunächst als Anwalt bei internationalen Schiedsverhandlungen und dann als Außenminister – durch geschicktes Verhandeln fast alle seit der Unabhängigkeit offenen Grenzfragen Brasiliens mit seinen Nachbarn friedlich zu regeln. Dies betraf mehr als 9.000 Meilen Grenze. Brasilien gewann im Zuge der Verhandlungen ca. 342.000 Quadratmeilen an Territorium dazu, das entspricht etwa der Größe Frankreichs. Am bedeutendsten war der Vertrag von Petrópolis mit Bolivien (1903), in dem der Streit um die Region Acre beigelegt wurde. Andere Verträge wurden u.a. mit Peru, Venezuela, Kolumbien und Uruguay abgeschlossen (Burns 1967: 197f.). Damit gelang es Rio Branco, die kontinentalen Ausmaße des Landes auf Dauer rechtlich zu konsolidieren und ein erhebliches Konfliktpotenzial gegenüber den hispanoamerikanischen Nachbarn weitestgehend zu neutralisieren (Corrêa 2000b).

Rio Branco stiftete zudem eine außenpolitische Tradition, die im wesentlichen bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts fortbestand. Zu den zentralen Merkmalen dieses außenpolitischen Paradigmas gehörte eine aktive Diplomatie. Brasilien eröffnete Anfang des 20. Jahrhunderts zahlreiche neue diplomatische Vertretungen in der ganzen Welt und beteiligte sich verstärkt an internationalen Kongressen. Die geänderte Haltung zeigte sich am Umgang mit den Haager Friedenskonferenzen. Eine Einladung zur ersten Konferenz (1899) hatte Brasilien noch ausgeschlagen, an der zweiten (1907) nahm es nicht nur teil, sondern entsandte eine der größten Delegationen unter Leitung des renommierten Juristen Ruy Barbosa, der eine aktive Rolle bei den Diskussionen spielte. Gleichzeitig übernahm das Land die Rolle eines Vermittlers in verschiedenen regionalen Konflikten, etwa bei den Auseinandersetzungen um die Anerkennung Panamas und beim Konflikt zwischen Peru und Ecuador. Unter Außenminister Rio Branco bekannte sich Brasilien explizit zum Panamerikanismus, 1906 organisierte das Land selbst in Rio de Janeiro die Dritte Panamerikanische Konferenz.

Ein zentrales Element der Außenpolitik Rio Brancos war die "ungeschriebene Allianz" mit den USA (Burns 1966: 196-200; Conduru 1998). Rio Branco erkannte den Aufstieg der USA zu einer zukünftigen Weltmacht und zur Hegemonialmacht in der Westlichen Hemisphäre. Als Realpolitiker nahm er zur Kenntnis, dass der US-Markt Anfang des 20. Jahrhunderts ungefähr 50% der brasilianischen Exporte aufnahm, vor allem Kaffee, Kautschuk und Kakao. Ausgehend von der Anerkennung eines signifikanten Machtgefälles zwischen den beiden Partnern bemühte sich die brasilianische Diplomatie seit Rio Branco darum, die Macht der USA in den Dienst brasilianischer Ziele zu stellen oder sie wenigstens zu neutralisieren, um sie nicht gegen sich zu haben. Daher bekannte man sich zu einer pragmatischen Unterstützung nordamerikanischer Positionen auf hemisphärischer oder globaler Ebene im Gegenzug für die Hilfe bzw. das Wohlwollen der USA hinsichtlich brasilianischer Ziele. Das Bündnis mit den USA richtete sich aus brasilianischer Perspektive nicht gegen einen spezifischen Gegner, sondern es sollte die Verhandlungsmacht Brasiliens erhöhen. Dies implizierte allerdings die Akzeptanz nordamerikanischer Positionen, die von der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder abgelehnt wurden. Beispielsweise wandte sich Rio Branco wie die USA gegen die Drago-Doktrin, d.h. gegen den vom argentinischen Außenminister Luis Drago aufgestellten und auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907 in abgeschwächter Form ins Völkerrecht aufgenommenen Grundsatz, nach dem die Eintreibung von Vertragsschulden eines Landes mit Waffengewalt durch den Gläubigerstaat unzulässig ist.

Im Gegensatz zu den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern akzeptierte Brasilien sowohl die ursprüngliche Monroe-Doktrin von 1823 – die es allerdings multilateral zu deuten versuchte (Lafer 2001: 66f.) – als auch den so genannten *Roosevelt corollary*. Diese 1904 verkündete "Ergänzung" zur Monroe-Doktrin warnte die lateinamerikanischen Regierungen davor, durch eigenes "Fehlverhalten" Situationen heraufzubeschwören, die europäische Mächte zum Eingreifen veranlassen könnten. In solchen Fällen würden sich die USA gezwungen sehen, die Aufgaben einer "internationalen Polizeimacht" auszuüben und für Ordnung, Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Befragt zum *Roosevelt corollary* und den US-Interventionen in Zentralamerika äußerte Rio Branco die Ansicht, wenn die entsprechenden

Länder nicht dazu in der Lage seien, sich selbst zu regieren und dauernde Revolutionen und Bürgerkriege zu verhindern, dann hätten sie auch kein Existenzrecht und müssten Platz machen für eine stärkere, besser organisierte, fortschrittlichere und fruchtbarere Nation (Bueno 1977; Burns 1966: 152). Die durch Rio Branco definierten außenpolitischen Zielsetzungen bildeten für mehr als ein halbes Jahrhundert das grundlegende Paradigma der brasilianischen Außenpolitik. Aus der Priorität für die Beziehungen mit den USA ergab sich zwangsläufig eine Unterordnung Lateinamerikas unter diese Präferenzen.

Nicht alle brasilianischen Intellektuellen teilten diese Position. Im Jahr 1907 veröffentlichte Oliveira Lima ein Buch mit dem Titel *Pan-Americanismo*, in dem er die unter Außenminister Rio Branco seit 1902 eingeschlagene Bündnispolitik gegenüber den USA scharf kritisierte, vor den Gefahren der Monroe-Doktrin warnte und den Vereinigten Staaten Imperialismus vorwarf. Zwar kamen auch die lateinamerikanischen Nachbarn bei ihm nicht gut weg gegenüber dem seiner Ansicht nach friedlichen, stabilen und geordneten Brasilien. Trotz aller Kritik an Hispanoamerika betrachtete er allerdings Solidarität zwischen den iberoamerikanischen Ländern als unabdingbar, um den Aggressionen der USA etwas entgegenzusetzen.

Auch nach dem Ende der "Alten Republik" und der Errichtung des "Estado Novo" durch Getúlio Vargas in den dreißiger Jahren kam es nicht zu einem grundlegenden Wandel der Haltung Brasiliens gegenüber den USA. Zwar versuchte die Regierung Vargas in den dreißiger Jahren zeitweise, gleichzeitig mit den USA und mit Nazideutschland zu kooperieren, um so ihre Verhandlungsmacht zu maximieren. Aber spätestens 1942 schlug sich die brasilianische Regierung eindeutig auf die Seite der USA und der Alliierten. Sie brach mit den Achsenmächten, erklärte ihnen den Krieg und entsandte selbst Truppen nach Europa. Aufgrund dieser Unterstützung wollten die USA Brasilien nach dem Ende des Krieges einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen zugestehen, was allerdings am Widerstand der UdSSR scheiterte. Trotzdem schuf die politisch-militärische Allianz zwischen den USA und Brasilien während des Zweiten Weltkrieges in Brasilien die Illusion einer "Sonderbeziehung". Man war der Überzeugung, einen außergewöhnlichen Beitrag zur Sache der Alliierten geleistet zu haben und hoffte nicht nur auf eine Art Marshall-Plan für Südamerika, sondern auch auf Militärhilfe, die dazu beitragen sollte,

die Überlegenheit Brasiliens gegenüber den Nachbarn zu zementieren. Entsprechend groß war die Frustration, als klar wurde, dass die US-Prioritäten eindeutig Europa und Japan galten und Brasilien weder in wirtschaftlicher noch in militärischer Hinsicht im erhofften Maße mit Unterstützung und Entgegenkommen der USA rechnen konnte.

Der ideologische Konsens mit den USA im Kalten Krieg trat in dem Maße in den Hintergrund, wie sich in Brasilien Thesen eines wirtschaftlichen Nationalismus ausbreiteten und Außenpolitik stärker als Außenwirtschaftspolitik gesehen wurde. Unter Präsident Kubitschek (1956-1961) bemühte sich die brasilianische Regierung noch einmal darum, mit Hilfe der USA eine führende Rolle in Lateinamerika anzustreben. Kubitschek schlug schon 1958 ein ambitioniertes Kooperationsprogramm zwischen den USA und Lateinamerika vor (die so genannte *Operação Pan-Americana*), das in den sechziger Jahren zum Vorbild für die "Allianz für den Fortschritt" wurde. Unter den Präsidenten Quadros und Goulart kam es dann zwischen 1961 und 1964 im Rahmen der "unabhängigen Außenpolitik" erstmals zu einer sehr viel kritischeren Haltung gegenüber den USA (Bandeira 2003a: 178-384; Ricupero 1995: 332-336). Innerhalb der brasilianischen Gesellschaft gewann zur damaligen Zeit – wesentlich beeinflusst durch die kubanische Revolution von 1959 – die Idee einer lateinamerikanischen Einheit gegen die USA an Rückhalt.

Die Militärregierungen ab 1964 kehrten allerdings zunächst zur historischen Allianz Brasilien – USA zurück. Sie akzeptierten nicht nur die nordamerikanische Führungsrolle in Lateinamerika, diese galt ihnen vielmehr als integrales Element des "internen" Kampfes gegen die "kommunistische Subversion". Ab 1964 zeichnete sich Brasilien noch einmal in aller Deutlichkeit durch Politiken aus, die von vielen lateinamerikanischen Regierungen als "Subimperialismus" im Sinne einer Stellvertreterrolle für die USA in Lateinamerika interpretiert wurden. Dazu gehörten der Bruch mit Kuba, die Beteiligung an der Intervention in der Dominikanischen Republik sowie die Bemühungen um die Einrichtung einer interamerikanischen Polizeimacht. Zu Animositäten der lateinamerikanischen Nachbarn gegenüber Brasilien trugen auch Formulierungen wie die des damaligen US-Präsidenten Nixon bei, der bei einem Empfang des brasilianischen Präsidenten Medici 1971 sagte: "Wo Brasilien hingeht, da wird auch Lateinamerika hingehen" (Ricupero 1995: 342).

Das enorme Wirtschaftswachstum Brasiliens in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren führte nicht nur dazu, dass Südamerika als Energielieferant und als Markt an Bedeutung für die brasilianische Wirtschaft gewann, sondern auch zu einer starken Binnenmigration Richtung Westen. Mit der demographischen Annäherung an die Binnengrenzen mit den südamerikanischen Nachbarländern wuchsen die grenzüberschreitenden Probleme und Brasilien sah sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, eine aktivere Politik gegenüber diesen Ländern zu entwickeln.

Gleichzeitig wuchs die Unzufriedenheit der brasilianischen Regierungen mit dem Verhalten der USA als Wirtschaftspartner, der in zunehmendem Maße als Garant einer als ungerecht empfundenen Weltwirtschaftsordnung wahrgenommen wurde, während die Nützlichkeitskomponente der Beziehungen mit den USA an Bedeutung verlor. Die Distanz zwischen beiden Ländern wuchs ab 1974, als die Regierung Geisel damit begann, sich um eine Diversifizierung der internationalen Einbindung Brasiliens zu bemühen. Im außenpolitischen Entscheidungsprozess Brasiliens kristallisierte sich seit dieser Zeit die Bereitschaft heraus, unter bestimmten Umständen Konflikte mit den USA zu riskieren, um grundsätzliche Positionen oder Interessen zu verteidigen, die im Zusammenhang mit Themen der lateinamerikanischen Agenda standen. Die Menschenrechtspolitik der Regierung von US-Präsident Carter ab 1976 und die brasilianische Nuklearpolitik dieser Jahre trugen zu einer weiteren Verschlechterung der bilateralen Beziehungen bei. Die Regierung Geisel weigerte sich, die zukünftige Zusammenarbeit mit den USA von Zugeständnissen hinsichtlich der internen Situation Brasiliens abhängig zu machen und kündigte die bilaterale militärische Zusammenarbeit auf. Die zunehmend offeneren Konflikte zwischen Brasilien und den USA führten auch dazu, dass die These eines "brasilianischen Subimperialismus" in der öffentlichen Meinung Lateinamerikas an Rückhalt verlor (Bandeira 1989; Hirst 1987: 67-70).

Wachsende politische und wirtschaftliche Konflikte zwischen Brasilien und den USA führten in den achtziger Jahren dazu, dass es immer schwieriger wurde, eine positive Agenda zwischen beiden Ländern zu etablieren. Das Ende der "automatischen Allianz" Brasiliens mit den USA und die immer geringere Bereitschaft zur Unterstützung der nordamerikanischen Positionen im Ost-West-Konflikt führten zu

wachsenden Meinungsverschiedenheiten, insbesondere nach dem Wahlsieg Ronald Reagans im Jahr 1980. Zwar kam es zu einer starken Zunahme des bilateralen Handels, aber gleichzeitig traten Divergenzen hinsichtlich Themen wie der Schuldenkrise, Technologietransfers, dem Schutz von Patenten und geistigem Eigentum, dem wechselseitigen Marktzugang sowie den Exportsubventionen zu Tage.

Die wirtschaftlichen Divergenzen zwischen beiden Ländern gingen Anfang der neunziger Jahre zunächst zurück, als Präsident Collor die Öffnung, Deregulierung und Liberalisierung des brasilianischen Binnenmarktes in Gang setzte. Zudem bremste die Herausbildung einer unipolaren Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges die seit den siebziger Jahren zu beobachtenden Autonomiebestrebungen der brasilianischen Außenpolitik. Zusammen mit der Redemokratisierung des Landes ab 1985 führte dies erneut zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern, vor allem in Politik- und Sicherheitsfragen. Im Verlauf der neunziger Jahre verdoppelte sich das Volumen des bilateralen Handels und die Direktinvestitionen der USA in Brasilien verdreifachten sich. Die Regierungen Clinton und Cardoso arbeiteten in vielen Bereichen gut zusammen. Trotzdem blieb die bilaterale Agenda durch eine Reihe von Handelskonflikten belastet. Seit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO rekurrierten beide Länder wiederholt auf deren Streitschlichtungsmechanismen. Zum zentralen Thema der bilateralen Agenda entwickelten sich in den neunziger Jahren aber zweifellos die Verhandlungen über die Bildung einer Freihandelszone der Amerikas (*Área de Libre Comercio de las Américas*, ALCA) (s.u.).

4. Die Beziehungen mit Argentinien

Auch wenn es durchaus zutrifft, dass sich die Beziehungen zwischen Brasilien und Argentinien seit der Zeit der Unabhängigkeit durch ungelöste Konflikte auszeichneten, so scheint die These einer "säkularen Rivalität" zwischen beiden Ländern genauso stereotyp wie die Annahme einer "traditionellen Freundschaft" zwischen Brasilien und den USA. Die Beziehungen zwischen Brasilien und Argentinien waren nicht immer konfliktreich (Bandeira 2003b: 143-144). Nichtsdestotrotz ist es eine Tatsache, dass die bilaterale Agenda fast während des gesamten 19. Jahrhunderts durch Drohungen, Interventionen und wie-

derholte militärische Dispute charakterisiert war. Die Beziehungen verbesserten sich nach der Etablierung der Republik in Brasilien im Jahr 1889, aber sie verschlechterten sich rasch wieder infolge der Hinwendung Brasiliens zu den USA unter Rio Branco (Bueno 1990).

In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts initiierte Präsident Vargas eine erneute Annäherung. Beide Länder unterzeichneten ein Abkommen, in dem sie sich dazu verpflichteten, ihre Schulbücher einer Revision zu unterziehen und dabei alles zu streichen, was Vorurteile und Ressentiments gegenüber dem Nachbarland schüren könnte (Capelato 2000: 299). Leider führte das Abkommen nicht zu einer wirklichen Revision der bilateralen Beziehungen.

Die enge Allianz zwischen Brasilien und den USA während des Zweiten Weltkrieges und die gleichzeitigen Konflikte zwischen Argentinien und den USA hinsichtlich der Haltung gegenüber den Achsenmächten wirkten sich auch auf die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern aus. Die USA erkannten die 1943 an die Macht gekommene Militärregierung in Argentinien nicht an, belegten das Land mit Sanktionen und versuchten sogar, Brasilien zu einer bewaffneten Intervention in Argentinien zu bewegen, was Brasilien allerdings ablehnte. Die ideologischen Gräben zwischen beiden Ländern waren jedoch gewaltig. Als Perón in Argentinien zu Beginn des Kalten Krieges für seine "dritte Position" zwischen Kapitalismus und Sozialismus eintrat, regierte in Brasilien die extrem auf die Ideologie des Kalten Krieges eingeschworene Regierung von Präsident Dutra. Eine erneute Annäherung zwischen den beiden Nachbarländern war erst Mitte der fünfziger Jahre möglich, als die Regierungen Frondizi in Argentinien und Kubitschek in Brasilien beide auf Wirtschaftspolitiken setzten, die sich am *desarrollismo* orientierten. Das in diesen Jahren aufkommende Klima der Kooperation ermöglichte 1959 auch die Etablierung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (*Banco Interamericano de Desarrollo*, BID) und 1960 die Schaffung der Lateinamerikanischen Freihandelsvereinigung *Asociación Latinoamericana de Libre Comercio* (ALALC). Ohne dieses *window of opportunities* guter Beziehungen zwischen den beiden wichtigsten Ländern Südamerikas wären die ersten Schritte in Richtung einer stärkeren Kooperation und Integration in Lateinamerika niemals möglich gewesen. Anfang der sechziger Jahre zog man sogar die Entwicklung eines Systems ständiger Konsultationen und einen Prozess der wirtschaftli-

chen, politischen und kulturellen Integration zwischen Brasilien und Argentinien in Betracht.

Mit dem Staatsstreich gegen Frondizi in Argentinien (1962) und der Machtübernahme der Streitkräfte in Brasilien (1964) änderten sich die Rahmenbedingungen grundlegend. Die Spannungen zwischen den beiden Ländern wuchsen erneut und erreichten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre einen Höhepunkt. Das "brasilianische Wirtschaftswunder" verleitete die Regierung Medici zu einem übersteigerten und aggressiven Nationalismus, der sich zum Ziel setzte, den Einfluss in Südamerika nicht nur auszubauen, sondern eine hegemoniale Position gegenüber den Ländern der Region zu erlangen. Mit dieser Zielsetzung kooperierte die brasilianische Regierung mit den Putschisten in Bolivien (1971), Uruguay (1973) und Chile (1973). Brasiliens Nachbarn – und allen voran Argentinien – betrachteten diese Ambitionen mit Sorge. Argentinien widersetzte sich dem Bau des Wasserkraftwerkes in Itaipú im Grenzgebiet zwischen Argentinien, Brasilien und Paraguay, zur damaligen Zeit eines der weltweit größten und ambitioniertesten Staudamm- und Kraftwerksprojekte. Trotzdem unterzeichnete Brasilien 1973 mit Paraguay einen Vertrag über die Konstruktion des Kraftwerkes. Durch die Unterzeichnung weiterer bilateraler Verträge mit anderen südamerikanischen Ländern bemühte es sich außerdem darum, Argentinien zu isolieren.

Erst nachdem es im Oktober 1979 gelungen war, ein tripartäres Abkommen zwischen Argentinien, Paraguay und Brasilien zu vereinbaren, ließen die Spannungen langsam nach. Seit diesem Zeitpunkt verbesserten sich die bilateralen Beziehungen Argentinien – Brasilien beträchtlich. In den Folgejahren kam es zu einer intensiven wechselseitigen Besuchsdiplomatie und zur Unterzeichnung verschiedener Kooperationsabkommen. Während des Falkland/Malvinen-Konfliktes im Jahr 1982 zeigte sich Brasilien solidarisch mit den Rechtsansprüchen Argentiniens über die Inselgruppe im Südatlantik, ohne allerdings die Entscheidung zu unterstützen, dafür auf gewaltsame Maßnahmen gegenüber Großbritannien zurückzugreifen. Mit dieser Haltung gelang es Brasilien, das seit der Unterzeichnung des Abkommens im Jahr 1979 vorherrschende Vertrauen zwischen den beiden Ländern zu konsolidieren, während die Unterstützung der USA für Großbritannien nicht nur zu Konflikten zwischen den USA und Argentinien führ-

te, sondern das gesamte interamerikanische System in eine Krise stürzte.

Die Regimewechsel in Argentinien (1983) und Brasilien (1985) und die damit einhergehende Rückkehr zu demokratischen politischen Systemen trug ebenfalls zu einer Veränderung der wechselseitigen Wahrnehmung zwischen beiden Ländern bei. Mit der Demokratisierung gelangte eine neue Generation von Politikern und Beratern an die Macht, deren Überzeugungen und strategische Planungen sich eher an kooperativen Paradigmen als an geopolitischen Überlegungen und Konfliktthesen orientierten (Bernal Meza 1999: 146f.).

Bereits in der Endphase der Diktaturen hatten Argentinien und Brasilien verschiedene bilaterale Abkommen über Nuklearkooperation und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit abgeschlossen. Überlegungen, die bilaterale Zusammenarbeit in einen Integrationsprozess münden zu lassen, tauchten erstmals im Rahmen der Deklaration von Iguazú im Jahr 1985 auf. Ein Jahr später unterzeichneten die beiden Länder die *Acta para la Integración Argentino-Brasileña*, mit der das *Programa de Integración y Cooperación Argentina-Brasil* (PICAB) in Gang gesetzt wurde, ein Abkommen über die Liberalisierung des bilateralen Handels durch Zollsenkungen und Handelspräferenzen. Im Dezember 1986 unterzeichnete man das Argentinisch-Brasilianische Freundschaftsabkommen über Demokratie, Frieden und Entwicklung (*Acta de Amistad Argentina-Brasileña, Democracia, Paz y Desarrollo*). Mit diesen Übereinkünften wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf eine neue Grundlage gestellt. Es kam auch zu einer tiefgreifenden Remodellierung der jeweiligen Nuklearpolitiken und zur Verabredung wechselseitiger Information und Kooperation in diesem Bereich (Barrios 1999: 252ff.).

Anlässlich eines Besuchs des brasilianischen Präsidenten Collor de Mello in Buenos Aires verkündeten die Regierungen beider Länder 1990 die Etablierung einer Wirtschaftsgemeinschaft. Wenig später luden sie auch Uruguay und Paraguay ein, sich an der Initiative zu beteiligen. Im März 1991 wurde mit dem Vertrag von Asunción der Startschuss für den Mercosur gegeben. Die "wirtschaftliche" Zusammenarbeit zwischen Argentinien und Brasilien im Rahmen des Mercosur entwickelte sich zunächst zu einer Erfolgsgeschichte. Während der neunziger Jahre wuchs der bilaterale Handel um das siebenfache. Argentinien wurde zum zweitwichtigsten Abnehmer brasilianischer

Produkte, während Brasilien zum wichtigsten Markt für die argentinischen Exporte avancierte. In dem Maße, wie Brasilien sich neoliberalen Stabilisierungskonzepten annäherte, kam es auch zu einer langsamen Annäherung der makroökonomischen Steuerungstendenzen. Die bilaterale Zusammenarbeit wurde in den "goldenen Jahren" des Mercosur (1994-1998) auch in anderen Bereichen vertieft, beispielsweise in Wissenschaft, Kultur und Bildung. Im Bereich Sicherheitspolitik vereinbarten beide Länder wichtige vertrauensbildende Maßnahmen. Mit der Deklaration von Rio im Jahr 1997 definierten sie ihre bilaterale Beziehung als "strategische Allianz". Dies alles reichte allerdings nicht aus, um den Integrationsprozess stärker zu institutionalisieren. Die Schuld dafür gab man in Argentinien der brasilianischen Regierung, vor allem dem dortigen Außenministerium.

Trotz der Ausweitung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen, der Überwindung militärischer Konflikthypothesen und der Zunahme des gegenseitigen Vertrauens existieren nach wie vor Reste des traditionellen Spannungsverhältnisses und der Rivalität zwischen Argentinien und Brasilien. Beide Länder vertraten in den neunziger Jahren sehr unterschiedliche Ansichten über das internationale System und ihre jeweilige Rolle in diesem Rahmen. Die außenpolitische Neuausrichtung der Regierung Menem in Argentinien ab 1990 und insbesondere deren fast bedingungslose Allianz mit den USA erschwerten die Kooperation mit Brasilien, dessen Regierung sich keine vergleichbare Position gegenüber den USA zu eigen machte. Brasilien blieb weitaus stärker als Argentinien auf den Erhalt seiner Autonomie und Selbstbestimmung sowie auf die Bewahrung des Prinzips der Nichteinmischung bedacht. Als die Regierung Clinton der argentinischen Regierung als Anerkennung ihrer Haltung und Unterstützung den Status eines "Verbündeten außerhalb der NATO" einräumte, interpretierte die brasilianische Regierung dies als Versuch der USA, ihren Einfluss in Südamerika auszubauen und die Mercosur-Partner auseinander zu treiben. Brasilien reagierte mit dem Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, was wiederum die argentinische Regierung zurückwies, die stattdessen als Alternative einen ständigen Sitz für Lateinamerika mit rotierender Besetzung vorschlug (Birle 2002).

5. Zwischen Mercosur und ALCA

Seit der Etablierung des Mercosur war der Zustand der Beziehungen zwischen Argentinien und Brasilien vom jeweiligen Fortgang des Integrationsprozesses abhängig. Spätestens mit der starken Abwertung der brasilianischen Landeswährung im Jahr 1999 häuften sich die Handelskonflikte zwischen den Mitgliedern des Integrationsverbundes. Aufgrund des Fehlens funktionierender Konfliktregulierungsmechanismen war eine Lösung dieser Streitfälle stets vom politischen Willen der beteiligten Länder abhängig. Je mehr sich die Krisensymptome häuften, desto gravierender waren die Folgen, die sich aus den Defiziten des Integrationsprozesses ergaben, insbesondere das Fehlen von Gemeinschaftsinstitutionen mit angemessenen Kompetenzen und die Stagnation bei der Harmonisierung von Sektorpolitiken.

Die argentinische und die brasilianische Position gegenüber der ALCA müssen auch im Zusammenhang mit der Krise des Mercosur interpretiert werden. Die wachsenden Asymmetrien zwischen den beiden Ländern erschwerten die Annahme einer gemeinsamen Position gegenüber dem von den USA vorgeschlagenen Freihandelsprojekt für ganz Amerika. Die Industrie und die Interessengruppen dieses Sektors verfügen in Brasilien über weitaus mehr Macht als in Argentinien. Zwischen beiden Ländern existieren Übereinstimmungen, beispielsweise im Hinblick auf die Ablehnung der nichttarifären Handelshemmnisse und der Agrarsubventionen von Seiten der USA (Bandeira 2003b: 153), aber gleichzeitig bestehen Divergenzen wie hinsichtlich des Dienstleistungssektors und der Vergabe öffentlicher Aufträge. In den letztgenannten Bereichen war die Position Argentiniens und anderer lateinamerikanischer Länder in den neunziger Jahren liberaler als diejenige Brasiliens. Für Brasilien, das über die am stärksten industrialisierte und am meisten diversifizierte Volkswirtschaft Lateinamerikas verfügt, bedeutet die ALCA eine noch größere Herausforderung als für die anderen südamerikanischen Länder, denn die Verwirklichung einer Freihandelszone der Amerikas würde dem Land eine massive Reduzierung seiner Importsteuern im Bereich der Verarbeitenden Industrie und der Hochtechnologie abverlangen. Brasilien lehnt eine "vorschnelle" Reduzierung der entsprechenden Zölle ab. Gleichzeitig fordert es von den USA einen besseren Marktzugang bei Produkten wie Zucker, Zitrusfrüchten und Stahl. Auch wenn die

Bedeutung der Vereinigten Staaten als Absatzmarkt für brasilianische Produkte seit den neunziger Jahren zugenommen hat, ist dieses Land weitaus weniger abhängig von den USA als seine Nachbarn, denn es verfügt über einen stärker diversifizierten Außenhandel und wickelt jeweils etwa ein Viertel seiner Exporte mit der Europäischen Union, Südamerika, den NAFTA-Ländern und Asien ab. 2004 konnte Brasilien sich damit durchsetzen, eine ALCA ohne vorherige substantielle Konzessionen von Seiten der USA zu verhindern. Der gesamte Verhandlungsprozess liegt gegenwärtig mehr oder weniger auf Eis, und nur wenige Experten rechnen mit einer baldigen Wiederbelebung.

Brasilien betont seit einigen Jahren die Absicht, den Mercosur sowohl zu vertiefen als auch zu erweitern. Aber trotz vielfacher öffentlicher Deklarationen zugunsten des Mercosur von Seiten der politischen Klasse des Landes scheint es schwierig zu sein, die seit fast einem Jahrzehnt andauernde Krise des Blocks zu überwinden. Die einzige positive Neuentwicklung während des 28. Gipfeltreffens des Mercosur im Juni 2005 in Asunción war die Entscheidung zur erstmaligen Etablierung eines Strukturausgleichfonds (*Fondo de Convergencia Estructural*). Mit jährlich 100 Millionen Dollar soll dieser Fonds ab dem Jahr 2008 den Kampf gegen Armut und Ungleichheit in den Mitgliedsländern des Mercosur unterstützen. Brasilien kommt für 70% der Mittel auf, Argentinien für 27%, Uruguay für 2% und Paraguay für 1%. Am stärksten profitieren von dem Fonds soll dagegen Paraguay mit 48% der Mittel, gefolgt von Uruguay (32%), Argentinien und Brasilien (je 10%) (Latin American Regional Report Brazil & Southern Cone 2005-06: 7). Andere mit der Vertiefung des Mercosur verbundene Pläne wie beispielsweise die für ein Parlament des Mercosur konnten dagegen aufgrund fehlender Übereinstimmung zwischen den Mitgliedsländern bislang nicht realisiert werden.

6. Auf dem Weg zu einer Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen?

Während der neunziger Jahre nahm Brasilien mehrere Anläufe, um die subregionale Integrationsstrategie in Form des Mercosur durch multilaterale Übereinkünfte zu ergänzen. 1992 kündigte es seine Amazonasinitiative an, in deren Rahmen eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Unterzeichnern des Vertrags über Zusammenarbeit im

Amazonas (*Tratado de Cooperación Amazónica*) von 1978 angestrebt wurde. Die betroffenen Länder – Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Guyana, Peru, Surinam und Venezuela – kamen überein, im Bereich der physischen Infrastruktur künftig stärker zusammenzuarbeiten. 1994 schlug die brasilianische Regierung die Einrichtung einer Südamerikanischen Freihandelszone (*Área de Libre Comercio Sudamericana*; ALCSA) vor, nicht zuletzt als Antwort auf das US-amerikanische ALCA-Projekt. Mit der ALCSA-Initiative wurde eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern des Mercosur, der Andengemeinschaft, der Amazonasinitiative und Chile angestrebt. Innerhalb von zehn Jahren sollten die betroffenen Länder eine Freihandelszone errichten. Die Initiative wurde jedoch als unilaterales brasilianisches Projekt kritisiert und erhielt nur wenig Unterstützung durch die Nachbarländer. Nach 1994 war kaum noch die Rede davon (Bernal-Meza 2002: 39f.; Pimenta de Faria/Chaves Cepik 2003: 73-76). Im September 2000 fand dann auf Initiative der brasilianischen Regierung das erste Treffen der Südamerikanischen Präsidenten statt. Der in Brasilia organisierte Gipfel war vor allem von symbolischer Bedeutung, brachte jedoch kaum konkrete Ergebnisse. Er diente nicht zuletzt dazu, gegenüber den USA zu demonstrieren, dass Brasilien dazu in der Lage war, eine Protagonistenrolle in der Region zu spielen, auch wenn Brasilien wiederholt betonte, dass es ihm nicht um eine Führungsrolle auf dem Subkontinent gehe. Das Gipfeltreffen war aber nicht nur eine politische Geste der Annäherung zwischen den südamerikanischen Nachbarn, sondern auch eine Demonstration der Distanz gegenüber dem Norden des Kontinents – und damit vor allem gegenüber Mexiko – der als Einflusszone der USA betrachtet wird.

Das jüngste geopolitische Projekt der brasilianischen Regierung in Südamerika betrifft die Etablierung einer Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen (*Comunidad Sudamericana de Naciones*; CSN) und wurde auf dem Dritten Treffen der Südamerikanischen Präsidenten im peruanischen Cusco im Dezember 2004 vereinbart. Der CSN gehören die vier Mitgliedsländer des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), die fünf Mitglieder der Andengemeinschaft (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru, Venezuela) sowie Chile, Surinam und Guyana an. Der neue Block umfasst ein Territorium von mehr als 17 Millionen Quadratkilometern und repräsentiert einen Markt von ca. 360 Millionen Menschen mit einem Bruttoin-

landsprodukt von fast einer Billion Dollar. Die sechs grundsätzlichen Ziele der CSN lauten: 1.) politische und diplomatische Konzertierung und Koordination zur Dynamisierung der regionalen Position innerhalb des internationalen Systems; 2.) Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Mercosur, Andengemeinschaft und Chile durch Errichtung einer Freihandelszone; 3.) verstärkte Integration Südamerikas in den Bereichen physische Infrastruktur, Energie und Kommunikation; 4.) Harmonisierung der Politiken im Bereich ländliche Entwicklung; 5.) Technologietransfer und horizontale Kooperation in allen Bereichen der Wissenschaft, Bildung und Kultur; 6.) wachsende Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Zivilgesellschaft (*Declaración del Cusco* 2004).

Wenn die ambitionierten Ziele der CSN verwirklicht werden sollten, würde dies den beteiligten Ländern nicht nur Handelsvorteile bringen und auf entscheidende Art und Weise zur physischen Integration des Subkontinents beitragen, sondern dies würde Südamerika auch zu einem wichtigen Akteur auf hemisphärischer und globaler Ebene machen. Bislang handelt es sich bei der CSN allerdings in erster Linie um Willenserklärungen, die Gemeinschaft verfügt weder über eine eigene institutionelle Struktur noch über einen eigenen rechtlichen Rahmen. Darüber hinaus ist sie mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Erstens teilen nicht alle Unterzeichner der Deklaration von Cusco die gleiche Vision. Einige der beteiligten Länder, vor allem Kolumbien und Ecuador, aber auch Chile, zeichnen sich durch enge Beziehungen und Präferenzabkommen mit den USA aus. Die drei brasilianischen Mercosur-Partner Argentinien, Uruguay und Paraguay haben die CSN bislang wenig enthusiastisch betrachtet, genauso wie sie dies zuvor auch schon bei der ALCSA getan hatten. Ihre Präsidenten erschienen nicht zu dem Gipfeltreffen, auf dem der Startschuss für die CSN erfolgte, und sandten damit eine deutliche Botschaft in Richtung Brasilien. Aus ihrer Perspektive entspricht die CSN mehr der internationalen Agenda Brasiliens als ihren eigenen Interessen und sie fürchten, die Ziele des Mercosur könnten aus den Augen verloren gehen zugunsten eines breiteren und zumindest bislang noch weniger konkreten Integrationsprozesses als der Mercosur selbst.

Die zweite Herausforderung ergibt sich im Zusammenhang mit den internen Spannungen und Schwächen von Mercosur und Anden-

gemeinschaft, die trotz der CSN bestehen bleiben. Die dritte Herausforderung besteht hinsichtlich der Projekte zur physischen Integration im Rahmen der Initiative zur Integration der Südamerikanischen Regionalen Infrastruktur (*Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana*; IIRSAA). Die Initiative wurde im Jahr 2000 im Rahmen des Ersten Gipfeltreffens der Südamerikanischen Präsidenten aus der Taufe gehoben. An ihr beteiligen sich zwölf Länder mit Unterstützung drei internationaler Finanzinstitutionen, vorgesehen sind insgesamt 335 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 37 Milliarden Dollar. Zweifellos sind Projekte zur Entwicklung und Vereinigung der physischen Infrastruktur in Südamerika von großer Bedeutung für die Steigerung des Handels zwischen den Ländern der Region. Dabei handelt es sich allerdings um sehr anspruchsvolle und kostspielige Projekte, deren Realisierung enorme Anstrengungen erfordert. Brasilien hat sich dazu bereit erklärt, sich über seine Nationalbank für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (BNDES) an der Finanzierung zahlreicher Projekte zu beteiligen.

Die vierte Herausforderung bezieht sich auf die fehlende externe Unterstützung des Integrationsprozesses. Die Erfahrung der Integrationsprozesse der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass das Vorhandensein oder Fehlen eines externen Förderers von entscheidender Bedeutung für den Erfolg oder das Scheitern solcher Prozesse sein kann. Die USA sind jedoch in erster Linie an der Realisierung ihres ALCA-Projektes interessiert und bemühen sich seit dessen Stagnation verstärkt um den Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen mit lateinamerikanischen Ländern. Es ist kaum zu erwarten, dass sie die CSN mit großem Enthusiasmus unterstützen werden. Zwar verurteilt dies die CSN nicht von vornherein zum Scheitern, aber es wird ihre Implementierung nicht erleichtern und bedeutet, dass die südamerikanischen Länder selbst diese fehlende Unterstützung kompensieren müssen (Cardona 2005).

Bislang existiert ein Ungleichgewicht zwischen den weitreichenden Prinzipien und Zielen der CSN einerseits und den konkreten Handlungsvorschlägen andererseits. Die Ziele des Blocks müssen stärker operationalisiert werden, die Gemeinschaft benötigt einen institutionellen Rahmen, Mechanismen der finanziellen Zusammenarbeit und strategische Übereinkünfte zur Zusammenarbeit im Energie-

bereich und zur Integration der physischen Infrastruktur. Wenn all dies ausbleibt, wird der CSN ein ähnliches Schicksal blühen wie vielen anderen Integrations- und Kooperationsabkommen, die in den vergangenen Jahrzehnten in Lateinamerika unterzeichnet wurden: Sie wird in Vergessenheit geraten oder zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein.

7. Abschließende Überlegungen

Wir können feststellen, dass die Idee eines "südamerikanischen Raums", dessen Interessen sich vom Rest des Kontinents unterscheiden, im außenpolitischen Denken Brasiliens seit Mitte des 20. Jahrhunderts und insbesondere seit den achtziger Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Eine derartige subregionale Perspektive dominierte beispielsweise bei den Verträgen zum La Plata Becken in den sechziger Jahren und zur Kooperation im Amazonasraum in den siebziger Jahren. Dies ging einher mit einer wachsenden Distanzierung gegenüber den USA, dem traditionellen Verbündeten Brasiliens in der Westlichen Hemisphäre. Brasilien legt Wert darauf, dass sein Engagement in Südamerika nicht als Distanzierung von der Idee der lateinamerikanischen Einheit betrachtet wird. In der Tat hat das Land in der Vergangenheit Beiträge zu vielen auf die gesamte Region bezogenen Initiativen geleistet, von der Etablierung der CEPAL 1948 und der *Operación Panamericana* (1958) bis zur Mitarbeit in der Contadora-Unterstützergruppe und der Etablierung der Rio-Gruppe. Dies ändert jedoch nichts daran, dass Zentralamerika, die Karibik und Mexiko aus brasilianischer Perspektive immer mehr dem Einflussbereich der USA zugerechnet werden und daher nicht als mögliche strategische Partner Brasiliens bei seinen Bemühungen um einen verbesserten Status in der Westlichen Hemisphäre und im internationalen System gelten. Der ehemalige brasilianische Außenminister Celso Lafer bemerkte dazu, Südamerika stelle sich als physische Einheit dar, die viele Möglichkeiten für wirtschaftliche Zusammenarbeit biete, umso mehr, wenn die Bereiche Logistik, Transport, Telekommunikation und Energie entwickelt, Kosten reduziert und Investitionen stimuliert würden. Mexiko sei dagegen aufgrund seiner Partizipation in der NAFTA ebenso wie Zentralamerika und die Karibik, die viel stärker von der Anziehungskraft der nordamerikanischen Wirtschaft betroffen seien, immer stär-

ker mit dem Norden verflochten. Die Zukunft dieses Teils Lateinamerikas hänge daher vor allem damit zusammen, was in den USA passe. Südamerika dagegen verfüge über diversifiziertere regionale und internationale Beziehungen, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Daraus müssten angemessene außenpolitische Konsequenzen gezogen werden (Lafer 2001: 55).

Mindestens vier Faktoren haben zur "Entdeckung" Südamerikas durch Brasilien geführt. Erstens war Brasilien noch in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts davon überzeugt, durch engere Beziehungen mit dem Rest Südamerikas wenig gewinnen zu können. Von einer effektiven Multilateralisierung regionaler Angelegenheiten fürchtete man vielmehr einen Verlust an Autonomie und eine Zunahme an Verpflichtungen im Namen der regionalen Solidarität, ohne dass dem vergleichbare Vorteile für Brasilien entsprochen hätten (Jaguaribe 1975: 107). Aber die Welt hat sich verändert. Im neuen internationalen System nach dem Ende des Kalten Krieges konnte Brasilien nicht länger seine traditionellen Autonomiebestrebungen aufrecht erhalten, sondern musste sich um strategische Partner bemühen. Daher lag es nahe, den Blick verstärkt auf die südamerikanischen Nachbarländer zu richten. Zweitens ergab sich nach dem Ende der traditionellen Rivalität mit Argentinien die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Nachbarland eine Verbesserung des internationalen Status anzustreben. Drittens erhöhte sich im Zuge der Demokratisierungsprozesse in Südamerika der Austausch zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren der verschiedenen Länder beträchtlich, woraus sich wiederum viele Impulse für die Zusammenarbeit auf intergouvernementaler Ebene ergaben. Viertens ist der brasilianische Außenhandel zwar immer noch weitaus stärker diversifiziert, als dies für die übrigen Länder Lateinamerikas gilt, aber seit den neunziger Jahren war ein starker Bedeutungszuwachs der südamerikanischen Märkte für die brasilianische Volkswirtschaft zu verzeichnen. Der Anteil der brasilianischen Exporte nach Lateinamerika an den Gesamtexporten des Landes stieg in den neunziger Jahren von 11,4% auf 24,8%, der Anteil der Importe aus Lateinamerika an den Gesamteinfuhren von 17,2% auf 21,1%. Während die brasilianische Handelsbilanz gegenüber der Region 1990 noch ein Defizit von mehr als 300 Millionen Dollar aufwies, war es zehn Jahre später ein Überschuss von fast 1,2 Milliarden Dollar. Zudem liegt der Anteil der Industrieprodukte an den Exporten in die

Region mit über 90% so hoch wie gegenüber keiner anderen Weltregion (Pimenta de Faria/Chaves Cepik 2003: 64).

Aber auch wenn in der politischen Klasse Brasiliens das Bewusstsein dafür gewachsen ist, dass eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Nachbarländern funktional für die Steigerung der brasilianischen Macht auf hemisphärischer und globaler Ebene sein könnte, so scheint es dem Land aus verschiedenen Gründen nach wie vor Schwierigkeiten zu bereiten, auf der Grundlage solcher Ideen ein konkretes Führungsprojekt zu entwickeln. Dies hängt erstens damit zusammen, dass sich die brasilianische Außenpolitik stets im Spannungsfeld zwischen erwünschter Übernahme von Verantwortung einerseits und Ängsten seiner Nachbarn vor einem brasilianischen Hegemoniestreben andererseits bewegen muss (Danese 2001a: 64ff.).

Zweitens bedeutet die Übernahme eine Führungsrolle immer auch, dass die dadurch entstehenden Kosten übernommen werden – und es steht nach wie vor nicht zweifelsfrei fest, ob Brasilien dazu wirklich bereit ist. Um eine wirkliche Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen zu errichten, müsste sich Brasilien beispielsweise dazu verpflichten, nationale Entscheidungskompetenzen an zu schaffende multi- oder supranationale Entscheidungsgremien abzutreten. Aber während das Land auf globaler Ebene mit lauter Stimme – und vollkommen zu Recht – einen effektiven und demokratischeren Multilateralismus einfordert, zeigt es sich vor der eigenen Haustür nicht sonderlich interessiert daran, eigene Entscheidungskompetenzen zugunsten multilateraler oder gar supranationaler Prozesse aufzugeben. Gegenüber den zahlreichen Krisenherden, die sich in den vergangenen Jahren in Südamerika aufgetan haben, hat die brasilianische Diplomatie zumeist kluge Positionen vertreten und sich im Vergleich zu früheren Jahren relativ stark als Vermittler engagiert, beispielsweise bei dem Konflikt zwischen Peru und Ecuador (1995), in Paraguay (1996), in Haiti und Bolivien sowie im Hinblick auf Venezuela. Einer Einschränkung der eigenen Handlungsautonomie zugunsten einer stärkeren Institutionalisierung des Mercosur hat es sich dagegen bislang widersetzt.

Drittens scheint sich die brasilianische Regierung – im Gegensatz zum Nachbarn Venezuela unter Präsident Chávez – sehr genau darüber im klaren zu sein, dass eine permanente Konfrontation mit den

USA nicht im Interesse des Landes sein kann. Damit steht die brasilianische Außenpolitik vor der Herausforderung, Strategien zu entwickeln, die eine Verwirklichung seiner regionalen Führungsambitionen ermöglichen, ohne einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den USA im Wege zu stehen.

Wenngleich Brasilien sich heute über seine Interessen in Südamerika wesentlich klarer zu sein scheint als in früheren Jahren, so bleibt doch bis auf weiteres die Frage unbeantwortet, welche Formen der regionalen Zusammenarbeit und welcher Mix aus regionaler und hemisphärischer Integration für alle beteiligten Länder den größten gemeinsamen Nutzen versprechen. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass das wechselseitige Wissen der südamerikanischen Gesellschaften übereinander erst langsam zunimmt, begünstigt durch die jüngeren Redemokratisierungsprozesse und den Neuen Regionalismus seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. In den vergangenen Jahren hat nicht nur das Interesse an der Sprache und Kultur der Nachbarländer zugenommen, sondern auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Ländern. All dies sind jedoch langwierige Prozesse. Länder, die sich aufgrund ihrer historischen Entwicklung über einen sehr langen Zeitraum mehr oder weniger den Rücken zugewandt haben, werden nicht von heute auf morgen zu engen und vertrauensvoll zusammenarbeitenden Verbündeten – auch wenn die “Rhetorik der lateinamerikanischen Einheit” manchmal genau diesen Eindruck zu erwecken versucht. In Brasilien beispielsweise gibt es bis heute erst wenige wissenschaftliche Arbeiten, die sich systematisch mit einem oder mehreren der südamerikanischen Nachbarländer beschäftigen. Der kulturelle und zivilgesellschaftliche Austausch mit den hispanoamerikanischen Nachbarn hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, der Nachholbedarf ist jedoch nach wie vor riesig. Insofern ist Brasilien in den vergangenen Jahren zwar näher an Südamerika herangerückt, es bleibt aber noch eine Menge zu tun, bevor die Idee einer Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen mehr ist als bloßes Wunschdenken.

Literaturverzeichnis

- Balze, Felipe de la (Hrsg.) (1995): *Argentina y Brasil. Enfrentando el siglo XXI*. Buenos Aires: Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales.
- Bandeira, Luiz Alberto Moniz (1989): *Brasil-Estados Unidos: A rivalidade emergente (1950-1988)*. Rio de Janeiro: Editora Civilização Brasileira.
- (1993): *Estado nacional e política internacional na América Latina. O Continente nas relações Argentina-Brasil (1930-1992)*. Brasília: Editora Universidade de Brasília.
- (1994): “O Brasil e o continente”. In: Cervo, Amado Luiz (Hrsg.): *O desafio internacional: a política exterior do Brasil de 1930 a nossos dias*. Brasília: Editora Universidade de Brasília, S. 145-207.
- (2003a): *Brasil, Argentina e Estados Unidos. Conflito e integração na América do Sul. Da Tríplice Aliança ao Mercosul. 1870-2003*. Rio de Janeiro: Editora Revan.
- (2003b): “Brasil, Estados Unidos y los procesos de integración regional. La lógica de los pragmatismos”. In: *Nueva Sociedad* 186 (julio-agosto), S. 143-157.
- Barrios, Harald (1999): *Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bernal Meza, Raúl (1999): “Las actuales percepciones argentinas sobre la política exterior del Brasil y de sus relaciones con Estados Unidos”. In: *Ciclos* IX, 18, S. 143-170.
- (2002): “A política exterior do Brasil: 1990-2002”. In: *Revista Brasileira de Política Internacional* XLV, 1, S. 36-71.
- Birle, Peter (2002): “Zwischen Mercosur und ALCA: Die Position Argentinien gegenüber Brasilien und der gesamt-amerikanischen Freihandelszone”. In: Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch. Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Amerikas*. Frankfurt/Main: Vervuert, S. 170-184.
- Bueno, Clodoaldo (1977): “Política exterior de Rio Branco: O Brasil e o sub-sistema norte-americano de poder (1902-1912)”. In: *Anais de História* 9, S. 101-125.
- (1990): “Do idealismo ao realismo: Brasil e Cone Sul no início da república (1889-1902)”. In: *Contexto Internacional*, 6, 12. Rio de Janeiro, S. 71-82.
- (2000): “A proclamação da República no Brasil e seus efeitos nas relações com a Argentina: um interlúdio na rivalidade”. In: Fundação Alexandre de Gusmão/Fundação Centro de Estudos Brasileiros (Hrsg.): *Brasil – Argentina: A Visão do Outro*. Brasília: FUNAG, S. 243-254.
- Burns, E. Bradford (1966): *The Unwritten Alliance. Rio-Branco and Brazilian-American Relations*. New York/London: Columbia University Press.
- (1967): “Tradition and Variation in Brazilian Foreign Policy”. In: *Journal of Interamerican Studies* IX, 2, S. 195-212.
- Cândido, Antonio (2000): *Os brasileiros e a nossa América*. São Paulo: Fundação Memorial da América Latina.

- Capelato, Maria Helena (2000): "O 'gigante brasileiro' na América Latina: ser ou não ser latino-americano". In: Mota, Carlos Guilherme (Hrsg.): *Viagem incompleta. A experiência brasileira (1500-2000). A grande transação*. São Paulo: SENAC, S. 285-316.
- Cardona, Diego C. (2005): "¿Tiene futuro la comunidad sudamericana de naciones?". In: *Foreign Affairs en Español* V, 2 <www.foreignaffairs-esp.org/2005/2.html> (25.09.2005).
- Cervo, Amado Luiz (2002): "Relações internacionais do Brasil: um balanço da era Cardoso". In: *Revista Brasileira de Política Internacional* XLV, 1, S. 5-35.
- Conduru, Guilherme Frazão (1998): "O subsistema americano, Rio Branco e o ABC". In: *Revista Brasileira de Política Internacional* XLI, 22, S. 59-82.
- Constituição da República Federativa do Brasil. (Texto promulgado em 05 de outubro de 1988)*. In: <www.georgetown.edu/pdba/Constitutions/Brazil/brazil88.html> (25.04.2005).
- Corrêa, Luiz Felipe de Seixas (2000a): "O Brasil e os seus Vizinhos: uma aproximação histórica". In: Fundação Alexandre de Gusmão/Fundação Centro de Estudos Brasileiros (Hrsg.): *Brasil – Argentina: A Visão do Outro*. Brasília: FUNAG, S. 29-43.
- (2000b): "Diplomacia e História: política externa e identidade nacional brasileira". In: *Política Externa* IX, 1, S. 22-32.
- Danese, Sérgio F. (2001a): "O Brasil e a América do Sul: apontamentos para a história de uma convergência". In: *Política Externa* IX, 4, S. 49-71.
- (2001b): "¿Liderazgo brasileño?". In: *Foreign Affairs en Español* I, 3 <www.foreignaffairs-esp.org/2001/3.html> (25.04.2005).
- Declaración del Cusco sobre la Comunidad Sudamericana de Naciones. III Cumbre Presidencial Sudamericana. Cusco, 8 de diciembre de 2004*. In: <www.comunidadandina.org/documentos/dec_int/cusco_sudamerica.htm> (30.09.2005).
- Ferrer, Aldo/Jaguaribe, Helio (2001): *Argentina y Brasil en la globalización. ¿Mercosur o ALCA?* Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica.
- Fundação Alexandre de Gusmão/Fundação Centro de Estudos Brasileiros (Hrsg.) (2000): *Brasil – Argentina: A Visão do Outro*. Brasília: FUNAG.
- Grondona, Mariano (2003): "Kirchner, entre Lula, Chávez, Powell y Lagos". In: *La Nación* (15.06.2003), S. 23.
- Hilton, Stanley E. (1993): "Brasil e Argentina: da rivalidade à entente". In: *Revista Brasileira de Política Internacional* XXXVI, 2, S. 54-66.
- Hirst, Mónica (1987): "Brasil – Estados Unidos: De la diferencia al conflicto". In: (Dies.) (Hrsg.): *Continuidad y cambio en las relaciones América Latina / Estados Unidos*. Buenos Aires: Grupo Editor Latinoamericano, S. 63-109.
- (2001): "La política de Brasil hacia las Américas". In: *Foreign Affairs en Español* I, 3 <www.foreignaffairs-esp.org/2001/3.html> (17.07.2005).
- Hirst, Mónica/Pinheiro, Leiticia (1997): "La política exterior de Brasil en dos tiempos". In: van Klaveren, Alberto (Hrsg.): *América Latina en el mundo. Anuario de políticas externas latinoamericanas y del Caribe. 1993-1996*. Santiago: Los Andes, S. 97-115.

- Hofmeister, Wilhelm (2003): *O Brasil e seus vizinhos: Reinvidicação de liderança regional na América do Sul*. Rio de Janeiro: Fundação Konrad Adenauer.
- Mello, Leonel Itaussu de Almeida (1996): *Argentina e Brasil. A balança de poder no Cone Sul*. São Paulo: Annablume.
- Jaguaribe, Helio (1975): "El Brasil y la América Latina". In: *Estudios Internacionales* VIII, 29, S. 106-136.
- (2000): "Argentina e Brasil diante de suas alternativas históricas". In: *Política Externa* IX, 3, S. 25-41.
- Lafer, Celso (2001): *A identidade internacional do Brasil e a política externa brasileira. Passado, presente e futuro*. São Paulo: Perspectiva.
- Lula da Silva, Luiz Inácio (2003): "La política exterior del nuevo gobierno brasileño". In: *Foreign Affairs en Español* III, 3 <www.foreignaffairs-esp.org/2003/1.html> (14.03.2005).
- Manifesto Republicano de 1870*. In: <www.webhistoria.com.br/manifrepub.html> (17.04.2005).
- Pimenta de Faria, Carlos Aurélio/Chaves Cepik, Marco Aurélio (2003): "Brasil y América Latina: bolivarismus antiguos y modernos". In: *Análisis político* 49 (mayo-agosto), S. 63-82.
- Reis, Fernando Guimarães (1994): "O Brasil e a América Latina". In: Fonseca Júnior, Gelson/Nabuco de Castro, Sergio Henrique (Hrsg.): *Temas de política externa brasileira II. Volume 2. O Brasil e seus parceiros*. São Paulo: Paz e Terra, S. 9-42.
- Ricupero, Rubens (1995): "O Brasil, a América Latina e os EUA desde 1930: 60 anos de uma relação triangular". In: (Ders.) (Hrsg.): *Visões do Brasil. Ensaio sobre a história e a inserção internacional do Brasil*. Rio de Janeiro/São Paulo: Record, S. 325-357.
- Sennes, Ricardo/Tomazini, Carla (2006): "Agenda sudamericana de Brasil. ¿Proyecto diplomático, sectorial o estratégico?". In: *Foreign Affairs en Español* (enero-marzo).
- Soares De Lima, Maria Regina/Hirst, Mónica (1994): "O Brasil e os Estados Unidos: Dilemas e desafios de uma relação complexa". In: Fonseca Júnior, Gelson/Nabuco de Castro, Sergio Henrique (Hrsg.): *Temas de política externa brasileira II. Volume 2. O Brasil e seus parceiros*. São Paulo: Paz e Terra, S. 43-71.
- Vizentini, Paulo Fagundes (2003): *Relações internacionais do Brasil. De Vargas a Lula*. São Paulo: Fundação Perseu Abramo.